

Plädoyer für eine
wohlwollende Perspektive

Die Irrtümer von Amerikas Kritikern

Richard Schröder

Der Irak-Konflikt hat einen Graben zwischen Deutschland und den USA aufgerissen, der tiefer geht als alle bisherigen Verstimmungen.

Manche bestreiten das. Es gehe um Kritik an der derzeitigen US-Regierung, und die vertrete doch nicht die Meinung aller Amerikaner. Aber Vorsicht! Eine gänzlich andere Irak-Politik hätte der Demokrat Clinton, wäre er heute statt des Republikaners Bush Präsident, nicht betrieben. Es sind die Bürger der USA und Deutschlands selbst, die zum Irak-Konflikt mehrheitlich verschieden votieren. Das erklärt man sich in Deutschland oft so: Die Amerikaner seien durch einen irrationalen Patriotismus blind. Präsident Bush handele aus einem religiösen Sendungsbewusstsein und sei selbst ein religiöser Fundamentalist. Dieser Unfug dient nur der Exotisierung der amerikanischen Politik. Vor der dunklen Folie religiöser Verblendung und inhumaner Machtgier heben wir uns umso erfreulicher ab als die besseren Menschen. Das tut gut – wenn's stimmt! In Wahrheit gehört der Gottesbezug zur amerikanischen Zivilreligion. Auf jeder Dollarnote steht: „In God We Trust.“ Auf dem Rand der Münzen des deutschen Kaiserreiches stand „Gott mit uns“. Niemand erklärt deshalb die unselige Politik Wilhelms II. mit religiösem Fundamentalismus.

Aber die USA haben sich doch eines eklatanten Bruchs des Völkerrechtes schuldig gemacht, da muss man protestieren! Dies kann aber nicht das Hauptmotiv unserer Demonstranten sein. Denn

als die USA und ihre Verbündeten 1991 Kuwait von den irakischen Invasionstruppen befreiten, gab es auch Demonstrationen in Deutschland, obwohl die Amerikaner im Auftrag des Weltsicherheitsrates handelten.

Selektiver Protest

Aber Protest ist doch immer gerechtfertigt, wenn Unschuldige sterben müssen! Allerdings. Es stimmt aber nicht, dass wir in Deutschland immer dann demonstrieren, wenn massenhaft Unschuldige durch Waffengewalt ums Leben kommen. 1991 haben sich die irakischen Kurden und Schiiten gegen den Diktator erhoben. Hussein hat den Aufstand brutal niedergeschlagen: 30 000 Tote. Weder jener Freiheitswille noch die Todesopfer gaben bei uns Anlass zu Demonstrationen. In Tschetschenien sind unvergleichlich mehr Unschuldige gestorben als jetzt im Irak. Trotzdem wird Präsident Putin bei Staatsbesuchen mit Demonstrationen nicht behelligt, wohl aber Präsident Bush, obwohl damals der Irak-Krieg gar nicht in Sicht war. Wir protestieren sehr selektiv. Kriege und Bürgerkriege mit bis zu einer Million Toten kamen in unseren Medien kaum vor – wenn die Amerikaner nichts damit zu tun hatten.

Nachdem andere alles gesagt haben, was sich Kritisches und Überkritisches gegen die amerikanische Politik seit dem 11. September sagen lässt, soll hier eine wohlwollende Interpretation versucht werden. Dabei ist keineswegs aller Kritik zu widersprechen, sondern: audiatur et

altera pars, man höre auch die andere Seite. Zweifellos haben die USA mit dem Einmarsch in den Irak das Völkerrecht verletzt. Zweifellos hat der Schock des 11. September illiberale Tendenzen in den USA ausgelöst. Die USA umgehen die eigenen rechtsstaatlichen Standards, indem sie die Gefangenen aus Afghanistan außerhalb der USA in Guantánamo verwahren. In ihrer bisherigen Geschichte haben die USA aber immer wieder eine beachtliche Kraft zur Selbstkorrektur bewiesen.

Mentale Differenz

Wie lässt sich erklären, dass Amerikaner und Deutsche mehrheitlich im Irak-Konflikt so verschieden votieren? Der ehemalige amerikanische Botschafter Kornblum hat das folgendermaßen erklärt: Die Amerikaner „sind eigentlich ein friedfertiges Volk“. Ihr Ziel ist es, „the American way of life aufzubauen und zu schützen“, aber im Bedrohungsfall wehrt man sich, und zwar „mit aktiven Strategien“. „Dagegen war man in Europa über die Jahrhunderte hinweg immer bedroht und neigt deshalb dazu, Schutzmauern, Strukturen aufzubauen. [...] Die Reaktion ist also nicht so wie in Amerika: Bestrafen wir die Schuldigen, sondern: Bauen wir doch Strukturen auf.“

Das erscheint einleuchtend. Und es kommen die Storys vieler Wildwestfilme in den Sinn. Eine Kleinstadt ist in der Hand von Gangstern, die Bürger verschüchtert, der Sheriff korrupt oder versoffen; da tritt einer auf, der das Gesetz des Handelns in die Hand nimmt. Er fragt nicht, ob er darf. Erst steht er allein, dann überwinden einige ihre Angst. Schließlich werden die Gangster besiegt, die Stadt ist befreit, der Befreier wird bejubelt. Man bietet ihm den Sheriff-Stern an, aber er lehnt dankend ab. Ihr kommt jetzt ohne mich aus. Das ist der amerikanische Mythos des Überganges vom Naturzustand aller gegen alle zum bürgerlichen

Zustand der Freiheit unter der Herrschaft des Rechtes. Die Amerikaner haben ihn aus Europa empfangen und nach Europa zurückgebracht. Denn der Französischen Revolution ging die amerikanische voraus, und diese ist weder durch jakobinischen Terror noch durch napoleonische Eroberungsfeldzüge besudelt worden. Die französische Erklärung der Menschenrechte und die erste französische Verfassung waren amerikanische Reimporte aus europäischen Traditionen. Auf diesem Umweg wurden aus Gedanken Taten.

Amerikanische Friedensmission

Amerika ist in zwei Weltkriegen aufgetreten, ohne angegriffen worden zu sein. Es war in die Entstehungsgeschichten nicht verwickelt. Beide Male hat Amerika eine internationale Friedensordnung stiften wollen, erst den Völkerbund, dann die Vereinten Nationen. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich die Amerikaner mit einer nur außenpolitischen Ordnung nicht zufrieden gegeben, sondern die Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt, Deutschland und Japan eine freiheitlich-demokratische Verfassung gegeben und den wirtschaftlichen Aufbau der besiegten Länder gefördert. Während die Sieger des Ersten Weltkrieges Deutschland einen ruinösen und demütigenden Frieden mit unbegrenzten Reparationen verordnet hatten, der der Keim für neuen Unfrieden wurde, haben die Amerikaner Westdeutschland Demokratie und Marktwirtschaft halb aufgeschwatzt, halb aufgezungen und noch Geld und Care-Pakete dazugelegt – ein merkwürdiges Volk, übrigens sehr religiös. Wir haben allen Grund, dankbar dafür zu sein. Wir Deutschen haben uns seitdem geändert. Wir wollen nicht mehr unseren alten Kaiser Wilhelm wiederhaben, auch keine Weimarer Verhältnisse, und der Diktatur des Proletariates trauern auch nur wenige nach. Deshalb fragt heute kaum jemand:

Ja durften die denn das? Das war nämlich alles im damaligen Völkerrecht nicht vorgesehen, am wenigsten der Nürnberger Prozess. Auf Völkermord und Kriegsverbrechen dieser Art war damals das Völkerrecht nicht eingestellt. Es hat sich seitdem fortentwickelt.

Europäische Verdrängung

Nun zu den Europäern. Kornblum hat Recht: Nicht Ozeane, sondern leicht verschiebbare Landgrenzen trennen die Staaten Europas voneinander. Man konnte sie nur durch Bündnisse und Verträge stabilisieren. Es gibt für uns Europäer nur kollektive Sicherheit, keine geografische. Wenn Bündnissysteme in Konfrontation gerieten, wurden Kriege sehr schnell gesamteuropäische Kriege, zuletzt gar Weltkriege. Diese Lektion haben wir gelernt. Europa wächst zusammen, Kriege sind da nicht mehr denkbar, die Staatsgrenzen werden immer durchlässiger, und das alles verdanken wir nicht militärischer Macht, sondern Verträgen und Kooperationsstrukturen. Das Modell ist attraktiv, die östlichen Nachbarn der Europäischen Union wollen dazukommen. Wir erfreuen uns des Status quo.

Das ist so weit in Ordnung. Bloß: Europa ist nicht die Welt. Nur wenige Weltregionen können sich vergleichbarer Stabilität erfreuen. In den meisten ist der Status quo explosiv und brutal. Da sehen wir dann lieber weg. Weil wir im Windschatten des atomaren Patts vierzig Jahre ohne Krieg erlebt haben – die Stellvertreterkriege wurden anderswo geführt –, leben viele unter uns in der Illusion, es herrsche Frieden in der Welt, den nur die Amerikaner störten. Wir sind nämlich große Verdrängungskünstler um des lieben Seelenfriedens willen.

Wenn sich aber für uns eine Bedrohung zeigt, kommt die alte Angst mächtig hervor, gepaart mit einem fatalen Hang zum faulen Frieden. Als zur Diskussion stand, ob sich die Bundeswehr in Afgha-

nistan engagieren soll, warnten manche: Dann werde auch Deutschland Ziel terroristischer Angriffe werden. Also: Bloß nicht den Tyrannen reizen, er schlägt sonst zu. Das erinnert an jene Bürger zu Anfang der Wildweststory. Aber aus dieser Angst beziehen Tyrannen und Terroristen ihre Macht. Seinerzeit hat man hören können: „Lieber rot als tot.“ „Rot“ sollte heißen: unter sowjetischer Herrschaft. Nur Verachtung der Freiheit konnte auf diese vorausseilende Unterwerfungsanbiederung verfallen, eine neue Art von deutschem Untertanengeist. Es musste natürlich heißen: „Weder rot noch tot!“

Neuer Fundamentalismus

„Bestrafen wir die Schuldigen!“, sagen die Amerikaner. „Lasst uns den Streit im Guten regeln“, sagen die Europäer. Nun haben die Amerikaner selbst die Gründung der Vereinten Nationen vorangetrieben. Deren Charta erlaubt nur zwei Formen der Gewaltanwendung: die Selbstverteidigung und die vom Sicherheitsrat beschlossenen Zwangsmaßnahmen gegen einen Rechtsbrecher. In den Irak aber sind die USA ohne UNO-Mandat einmarschiert. Deshalb nennen nun manche Demonstranten Bush einen Kriegsverbrecher. Es war auch etwas von Völkermord zu lesen, obwohl dieser Krieg unvergleichlich weniger Irakern das Leben gekostet hat als Husseins Gewaltherrschaft.

Der ehemals verdienstvolle Pfarrer Führer aus Leipzig möchte gar die USA aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen sehen. Das ist nun allerdings Fundamentalismus. Vorwärts ins Mittelalter, zurück zu Acht und Bann. Die UNO ist doch kein Tugendclub! Es gibt gravierende Unterschiede zwischen dem innerstaatlichen Recht und dem Völkerrecht. Das Völkerrecht hat keinen Gesetzgeber, nur eine rudimentäre Gerichtsbarkeit und keine Polizei. Der Weltsicherheitsrat ist weder demokratisch legitimiert noch

repräsentativ, noch ein neutrales Gremium. Die Mitglieder haben zumeist Eigeninteressen am Verhandlungsgegenstand. Zum Beispiel haben Frankreich und Russland wirtschaftliche Interessen im Irak. Bloß: Etwas Besseres haben wir nicht und bekommen wir auch nicht so schnell. Es ist im Prinzip besser, über Gewaltanwendung kollektiv zu entscheiden als individuell. Dagegen ist es eine Illusion, das Völkerrecht könne ohne vollziehende Gewalt und ohne die Androhung von Gewalt an Bedeutung gewinnen. Niemand glaubt, dass die innerstaatliche Rechtsordnung funktioniert, wenn der Zwang, also die Polizei, abgeschafft wird. Viele aber sind verblendet genug, um zu glauben, bei internationalen Konflikten würde das gute Zureden immer helfen.

Selbstverteidigung entgrenzt

Da das Völkerrecht keinen Gesetzgeber hat, reagiert es noch träger als das innerstaatliche Recht auf neue Gefahren. Auf den internationalen Terrorismus, die Entstaatlichung von Gewalt und die illegale Produktion von Massenvernichtungswaffen ist es noch nicht hinreichend eingestellt. Nach dem 11. September hat der Sicherheitsrat den USA für ihr Vorgehen gegen die El-Kaida-Lager in Afghanistan das Selbstverteidigungsrecht zugebilligt. Das war nicht klug. Es wäre besser gewesen, der Sicherheitsrat hätte die USA mit der Vernichtung dieser Lager beauftragt als internationale Polizeiaktion. Denn so hat der Sicherheitsrat das Selbstverteidigungsrecht bedenklich entgrenzt. Nun nehmen es die USA auch für ihr Vorgehen gegen den Irak in Anspruch.

Trotzdem kann man nicht sagen, der Einmarsch in den Irak sei ein Rechtsbruch wie Diebstahl oder Mord im innerstaatlichen Recht. Denn seit 1991 steht der Irak unter Kuratel der UNO. Durch die Annexion von Kuwait hatte er ein Völkerrechtssubjekt vernichtet, übrigens des Öles wegen. Deshalb wurde seine Souve-

ränität eingeschränkt. Er hat Bedingungen, sozusagen Bewährungsbedingungen zu erfüllen, nämlich die Vernichtung seiner Massenvernichtungswaffen binnen fünf Wochen, wie 1991 beschlossen wurde. Hussein hat nichts dergleichen getan. Inspektoren wurden ins Land geschickt, die vier Jahre lang nichts fanden, bis Husseins Schwiegersöhne nach Jordanien flohen und Fundstellen verrieten. Darauf fand man einiges, aber Hussein drängte die Inspektoren aus dem Land. Erst als der amerikanische Truppenaufmarsch begann, ließ er wieder Inspektoren zu, verweigerte aber bis zuletzt die vollständige Dokumentation des Verbleibs seiner B- und C-Waffen. Wer nichts zu verbergen hat, handelt so nicht. Einstimmig hat der Sicherheitsrat dem Irak ernste Konsequenzen angedroht, wenn er nun nicht kooperiert. Der Sicherheitsrat hat seinerzeit erklärt, die B- und C-Waffen des Irak gefährdeten den Weltfrieden. Das ist doch keine amerikanische Erfindung. Nach dieser Vorgeschichte kann man nicht ernsthaft behaupten, die Amerikaner hätten nach Gutdünken und grundlos einen Staat überfallen.

Friedliche Entwaffnung?

Der Streit um den Irak, der den Sicherheitsrat und die Europäer entzweite, ging genau um jene zwei Strategien: „Bestrafen wir den Schuldigen“ oder „Lasst uns den Streit im Guten beilegen“. Die Idee einer friedlichen Entwaffnung ist aber eine Schnapsidee. Ein Regime, das nicht kooperationswillig ist, kann immer genügend B- und C-Waffen verstecken. Um sie zu finden, wollten die Inspektoren irakische Fachleute im Ausland befragen. Auch eine Schnapsidee. Hätte man daraufhin etwas gefunden, wären die Auskunftsfreudigen und ihre Angehörigen schnell tot gewesen, wie Husseins Schwiegersöhne. Ein Regime, das bereits Giftgas gegen Iraner und Iraker eingesetzt hat und immer noch über das Know-

how verfügt, wird weiterbasteln, wenn es wieder souverän ist. Daraus ergibt sich die einfache Alternative: entweder Verzicht auf Entwaffnung oder Regimewechsel. Kein Staat hat Verzicht verlangt.

Ein Zusammenhang zwischen Hussein und El Kaida ist nicht nachgewiesen. Aber die Amerikaner haben natürlich Recht, dass es furchtbar wäre, wenn sie zusammenfänden. Also: Regimewechsel. Der Sicherheitsrat hat schon einmal einen Regimewechsel beschlossen und durchgesetzt. In Haiti wurde nach einem Putsch der gewählte Präsident durch militärische Intervention wieder eingesetzt.

1991 aber hat der Sicherheitsrat den Alliierten kein Mandat zum Regimewechsel im Irak erteilt. Also sind die USA aus dem Südwestirak abgezogen, nachdem Kuwait befreit war. Stattdessen sollte Hussein durch Sanktionen, die damals von vielen als friedliches Mittel eingestuft wurden, zur Raison gebracht werden. Das war ein doppelter Fehler. Hussein hat an Kurden und Schiiten zigtausendfach blutig Rache genommen. Und die Sanktionen haben tausende von Toten, vor allem Kinder, zur Folge gehabt und Husseins Clan reich gemacht. Ein Embargo ist nämlich nur dann ein friedliches Mittel, wenn die Regierung Mitleid mit ihrer Bevölkerung hat und umgehend einlenkt. Hussein hatte dieses Mitleid nicht. Man sieht: Die *Ultima Ratio* militärischer Gewalt, rechtzeitig und nicht zu spät eingesetzt, kann viele Menschenleben retten.

Selbstblockade des Sicherheitsrates

Während des Kalten Krieges war der Sicherheitsrat blockiert. Seit 1991 wurde er handlungsfähig. Im Falle des Irak hat er sich selbst blockiert und damit seine Autorität beschädigt. Die Amerikaner haben erklärt: Ein Gremium, das seine Urteile und Forderungen nicht durchsetzt, ist ein Papiertiger. Deshalb übernehmen wir das jetzt. Das war zwar ein Verstoß

gegen geltendes Völkerrecht, aber wegen Untätigkeit der Berufenen.

Hätten sich die Amerikaner mit der verbrämten Untätigkeit abgefunden und, wie von Deutschland vorgeschlagen, sich auf zeitlich unbegrenzte Inspektionen eingelassen, hätten auch sie ihre Autorität ruiniert. Denn wer zahllos ist, kann Konflikte auch nicht mit friedlichen Mitteln beilegen. Habermas hat behauptet, Amerika habe durch den Irak-Krieg seine Autorität verspielt. Das sieht Syrien sicher anders. Es wird sich sehr überlegen, ob es Amerikas Warnungen in den Wind schlägt. Zugegeben: Hier ist von zweierlei Autorität die Rede. Aber außerhalb der Idylle des gewaltfreien Diskurses ist die andere Art von Autorität, nämlich glaubhaft drohen können, unverzichtbar. Jeder, der mit dem Anwalt droht, weiß das.

Nachdem Hussein entmachtet ist, sind die Chancen einer Beilegung des Nahostkonfliktes gestiegen. Hussein, der den Arabern vorgegaukelt hat, einmal als ein zweiter Saladin Jerusalem zu befreien, und der jeder Familie eines Selbstmordattentäters 25 000 Dollar zahlte, war ein seelischer Garant der Selbstmordattentäter: Ich komme direkt ins Paradies – und mache meine Eltern reich. Die Chancen für Nahost steigen weiter, wenn Syrien nicht mehr den palästinensischen Hamas-Terrorismus unterstützt und womöglich gar seine Truppen aus dem Libanon zurückzieht. Der war einmal die Schweiz des Nahen Ostens und könnte es wieder werden.

Paktieren mit dem Diktator

Und der Irak? Selbst diejenigen Iraker, die jetzt gegen die Amerikaner demonstrieren, wissen genau, dass sie gegen Hussein nicht demonstrieren durften – und nehmen die einst verbotenen Wallfahrten wieder auf. Viele, die eine Diktatur erlebt haben, brauchen da einige Zeit, bis sie die Freiheit schätzen lernen. Die indoktrinierten Feindbilder wirken nach. Und besonders schwer fällt die Einsicht, einer

falschen Sache gedient zu haben. Dass aber unsere Medien bis hin zu den öffentlich-rechtlichen uns suggeriert haben, die Iraker wollten gar nicht vom Diktator befreit werden, hat mich empört. Die klammheimliche Freude an allem, was nach Misslingen aussah, war doch ein verdecktes Paktieren mit dem Diktator.

Hohn und Spott haben die Amerikaner bei uns geerntet für das Ziel, den Irak zu demokratisieren. Der Ausdruck Demokratisierung ist wohl leicht irreführend. Eine Clan-Gesellschaft mit starken religiösen Autoritäten wird keine Demokratie im westlichen Sinne entwickeln, die hochgradige Individualisierung voraussetzt. Aber eine föderale Staatsform mit Teilautonomie, der die überwiegende Mehrheit zustimmt und die wirtschaftlich und sozial vorankommt, sowie freie Wahlen, das ist möglich. Oder wollen unsere Friedensfreunde behaupten, zu so etwas seien Araber nicht fähig? Hans Magnus Enzensberger hat diese Auffassung zutreffend Neokolonialismus genannt.

Die allzu starken Ressentiments der Araber nähren sich aus zwei Quellen: Sie sehen sich gedemütigt durch den Westen, weil er Israel unterstützt, und sie sehen sich gedemütigt durch ihre korrupten Regimes die sie zur Rückständigkeit verdammten.

Geld aus der Erde

Im Irak kommt das Geld aus der Erde, als Öl. Warum sollten die Iraker nicht die Chance wahrnehmen, daraus Bildung, Wohlstand und Zufriedenheit zu finan-

zieren? Sie hatten es schon einmal ziemlich weit gebracht auf diesem guten Weg – vor Hussein. Das Interesse der Amerikaner am Öl widerspricht dem nicht. Sie möchten verhindern, dass es zur Waffe gegen den Westen wird. Es soll frei verkäuflich sein. Den Irakern nützt ihr Öl nur, wenn sie es verkaufen. Essen können sie es nicht.

Das Völkerrecht ist kein Tontopf, der in Scherben geht, wenn er beschädigt wird. Verletzungen des Völkerrechtes können zum Präzedenzfall werden – wenn die anderen das zulassen. Oder sie führen zur Weiterentwicklung des Völkerrechtes. Letzteres ist zu erwarten. Die USA werden schon deshalb nicht weitere Kriege führen, weil sie gut rechnen können. Kriege sind teuer. Der Erfolg, den sie jetzt unbedingt brauchen, ist die Zufriedenheit des irakischen Volkes. Sie wissen das.

Und sie werden auch nicht die Vereinten Nationen auf Dauer links liegen lassen. Diese haben ein großes Problem: das Recht ohne Macht oder das ohnmächtige Recht. Gewalt ohne Recht ist Despotie. Aber Recht ohne vollziehende Gewalt ist Anarchie. Nur die USA können die Aufgabe eines Weltpolizisten übernehmen. Dann dürfen die Vereinten Nationen die einzige Supermacht aber nicht in die hinterste Schulbank zwingen wollen. Und die Vetomächte dürfen nicht ihren Ehrgeiz dareinlegen, die USA zu brüskieren, Deutschland schon gar nicht. Denn wir sind keine Supermacht, auch nicht ersatzweise eine moralische. Wirtunbloß so.

Pflegebedürftig

„Das transatlantische Verhältnis ist um so pflegebedürftiger geworden, je weniger sich Sicherheitspolitik in das enge Korsett militärischer Vorsorge einzwängen lässt und je seltener ihre Mittel auf ein staatliches Gegenüber gerichtet sind.“

Bernard von Plate in: Die Zukunft des transatlantischen Verhältnisses, SWP-Studie des Deutschen Institutes für Internationale Politik und Sicherheit, Mai 2003